

Struktur beim AZV Pfattertal ist nicht angemessen

Landkreis. Zu unserem Artikel „Prüfbericht liest sich wie ein Wirtschaftskrimi“ in der Ausgabe vom 28. Mai erreichte uns folgender Leserbrief:

Die Bürgerinitiative „Transparenz beim AZV Pfattertal e.V.“ verfolgt aufmerksam die umfangreiche Berichterstattung der Medien über den Finanzgeschäftenkandal beim AZV Pfattertal. Besonders beeindruckt hat uns dabei, wie die vielen betroffenen Bürger reagieren. Ihre berechtigte Empörung teilen wir voll und ganz. Unsere Bürgerinitiative beschäftigt sich schon seit geraumer Zeit mit der undurchsichtigen Konstruktion des Zweckverbandes und seinen Geschäftspraktiken und ist dabei auf weitere Merkwürdigkeiten gestoßen. Daher waren wir nicht unbedingt überrascht über die jetzt bestätigten Mischgeschäften.

Die Verluste aus den Finanzgeschäften (bisher rund sieben Millionen) sind eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind jedoch die viel zu hohen Abwassergebühren. Das sollte man nicht vergessen. Die von vielen geäußerte Befürchtung, die Finanzverluste würden die Gebüh-

ren weiter nach oben treiben, kann etwas entschärft werden. Diese Verluste dürfen nicht den Gebühren zugerechnet werden, sondern werden die Gemeindehaushalte (und damit indirekt die Bürger) belasten. Dort ist das Geld sowieso knapp, denn bereits jetzt stützen die Gemeinden des AZV mit 820.000 Euro/Jahr (inklusive Zinsen). Wir werden uns wohl in Zukunft auf schlechtere Dienstleistungen in den Gemeinden einstellen müssen.

Doch zurück zu den Abwassergebühren! Hier wird laufend Geld verschwendet und zwar in Form von „normalen“ Betriebskosten. Diese „normalen“ Betriebskosten sind allerdings um ein Mehrfaches höher als bei vergleichbaren Kanal- und Kläranlagen. Das ist auch kein Wunder. Warum brauchen wir für eine vergleichsweise kleine Kläranlage vier selbstständige Organisationseinheiten, eine Verbindungsversammlung, einen Verwaltungsrat, zwei Vorstände, einen Aufsichtsrat, einen Geschäftsführer, einen kaufmännischen und einen technischen Leiter sowie noch weitere Angestellte? Eine solche Struktur ist nicht angemessen und wäre außerdem nur von echten Profis effizient zu führen

und zu kontrollieren. Dass das nicht geklappt hat, haben wir gesehen.

Warum müssen wir uns eine Klärschlammverwertung leisten, deren wahre Kosten deutlich über der heute üblichen Verwertung in Kraftwerken liegen? Wohlgemerkt: Die Klärschlammverwertung des AZV bietet keinerlei Vorteile gegenüber der Verwertung in Kraftwerken. In beiden Fällen ist es eine thermische Verwertung, das heißt man erzeugt letztendlich Wärme.

Das alles frisst laufend Geld und deswegen sind unsere Gebühren so hoch. Ein radikales Umdenken hin zu konsequent einfachen Strukturen und sparsamer Betriebsführung ist hier zu fordern. Leider ist beim AZV von dieser Denkweise bisher sehr wenig zu entdecken. Noch vor Kurzem hat man mit undurchsichtigen Investoren zur Erweiterung der defizitären Klärschlammrochtrichtung verhandelt. Die Kommunalgesellschaft VBA hat sich eine neue Satzung gegeben, welche den Verwaltungsrat stärkt. Eben dieser Verwaltungsrat hat bei der Beaufichtigung seiner Betriebe versagt, wie uns der Prüfbericht bestätigt. Und zu allem Überfluss: Ein neuer Vorstand/Geschäftsführer wird gesucht. Man

muss sich fragen, ob die Verantwortlichen beim AZV überhaupt noch wissen, dass sie einst mehrheitlich von den Bürgern gewählt wurden mit der Erwartung, zum Vorteil der Bürger zu handeln!

In der Verbandssammlung des AZV sitzen aber auch einige kritische Köpfe, die diese Situation zunehmend mit Unbehagen betrachten. Wir fordern diese auf: Kämpfen Sie für Ihre Überzeugung, führen Sie einen Wandel in Denken und Handeln beim AZV herbei! Wenn man den hier aufgezeigten Weg äußerster Sparsamkeit mit gutem Willen beschreiben würde, könnten die Abwassergebühren sogar auf zumutbare Werte sinken. Unsere Bürgerinitiative kämpft genau dafür und wird auch vor Gericht ziehen. Bereits über 750 Mitglieder (= Haushalte) bekennen sich zu unseren Zielen und es werden immer mehr. Je mehr wir sind, desto größer wird unsere Aussicht sein, eine bessere Zukunft für den AZV Pfattertal mit einer akzeptablen Gebührenentwicklung herbeizuführen.

Für die Bürgerinitiative „www.transparenz-azv.de“

*Detrich Scheibler
Alteglöfshaus*

Schlag ins Gesicht der Betroffenen

Landkreis. Zu unseren Artikeln „Prüfbericht liest sich wie ein Wirtschaftskrimi“ und „Verbandsräte und Bürger trauten ihren Ohren nicht“ in den Ausgaben vom 28. und 29. Mai erreichte uns folgender Leserbrief:

Das muss man sich einmal vorstellen! Da wird die Öffentlichkeit gerade darüber informiert, dass beim Abwasserentsorger im Pfattertal gerade mal eben sieben Millionen Euro durch teils dubiose, teils verbotene Finanzgeschäfte in den Sand gesetzt wurden. Der jetzige Vorsitzende Hubert Achhammer erklärte in der Sitzung am 27. Mai, dass dieser Betrag noch nicht das endgültige Ausmaß ist, denn kein Mensch weiß wie sich der Rest der noch vorhandenen Papiere an den Börsen entwickelt.

Unter diesen Voraussetzungen und Ergebnissen, die in der Pressekonferenz im Landratsamt bekannt gemacht wurden, stellt sich der zweite Vorsitzende dieser Organisation, Helmut Stiegler (Bürgermeister von Alleglofsheim) vor die Kamera von SAT 1 Bayern (gesendet

28. Mai, 17.30 Uhr, <http://www.sat1bayern.de>), und verkündet, der Bürger müsse „ein gewisses Verständnis dafür haben, dass nicht alle Tage Weihnachten ist“. Eine solche Formulierung ist geradezu ein Schlag ins Gesicht der durch den AZV sowieso schon schwer getroffenen Bürger. Ist denn der Mann von allen guten Geistern verlassen? Diese Bemerkung zeigt, wie wenig einsichtig man an verantwortlicher Stelle ist und wie herablassend die Bürger behandelt werden.

Als gewählte Person an verantwortungsvoller Stelle wäre Verständnis für die Verärgerung der Bürger und das Bekenntnis zur konsequenten finanziellen Sanierung des AZV zu erwarten. Und jetzt vor allem eine Entschuldigung für diese beispiellose Entgleisung, Herr Stiegler!

Aus der weiteren Stellungnahme Herrn Stieglers an anderer Stelle in dem gegebenen Interview ist von ihm zu hören, es werde angeblich aus der GmbH und der AG eine Zusammenführung in ein Unternehmen erfolgen, eine weitere Strukturänderung sei aus steuerlichen Grün-

den nachteilig. Er erläutert jedoch nicht weiter was er damit meint. Wie es scheint soll damit weiterhin eine Struktur bestehen bleiben, die nicht von öffentlich rechtlicher Seite geprüft werden kann. Das zeigt dem Bürger, dass bis heute anscheinend wenig Lehren aus der katastrophalen Situation gezogen werden.

*Franz Schober
93096 Köfering
Weinbergstraße 14*

*Ludwig Daffner
93107 Thalmassing
Peintroeg 6*

*Rupert Kellner
93053 Obertraubling
(Gebelkofen)
Untere Dorfstraße 15*

*Ludwig Schmid
93096 Mintraching
Hauptstraße 48*

*Adolf Hoffmeister
93087 Alteglöfshaus
Dreifaltigkeitsweg 16*